



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Rüstern, die ihre silbrigen Blätter an zartem, schwebendem Geranke um ihre Äste wehen lassen, mit den Palmenhöfen von Steingeländern in feinen Linien umlaufen — mit soviel Schönheit, die für Ley vergeblich da liegen sollte.

Es schien ihm diesmal eine unendliche Sache, bis die Anker ausgeworfen, die Tauen abgewunden waren, und das Gesundheitsamt das Ausbooten gestattet hatte.

Er verabschiedete sich gemessen vom Kapitän, der ihm gute Besserung wünschte, und ließ sich an Land rudern.

Am Abend dieses Tages bekamen die zu Hause in Deutschland ein Telegramm aus Spanien:

Unglück zugestoßen, lasse mich so schnell als möglich zurücktransportieren.

Alexander.

Es war die erste Nachricht, die ihnen zukam seit jenem Hamburger Brief, in dem er seinen nahen Tod in Aussicht gestellt hatte; und es folgte eine Woche voll stündlicher angstvoller Erwartung. Täglich wurden Legens Zimmer geheizt, täglich wurde sein Bett gewärmt, täglich Kamillentee aufgegossen und Fleischbrühe bereit gehalten, bis er sie endlich doch überraschte, gerade als seine Zimmer frisch gelüftet, die Fenster neu gepußt und der Fußboden feucht vom Aufwischen war.

Er stand plötzlich im Flur, seinen Handkoffer neben sich, und sagte, daß er so viel Rücksicht doch wohl erwarten dürfe, um wenigstens sein Zimmer bereit zu finden, wenn er von einer langen und gefahrvollen Reise käme und sich telegraphisch angemeldet hätte.

Sein Martyrium war gerettet, das Unglück seines Lebens spann sich weiter. Von den guten Augenblicken, die er draußen in Gedanken mit den Seinigen verlebt hatte, war keine Welle oder Kunde bis zu ihnen gedrungen, und in seinem Gepäck fand sich ein seidnes Taschentuch weniger, als da er von der vorigen Reise heimkehrte.



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichs Spiegel. (Die Wahlen und das Ausland. Zentrum und Sozialdemokratie. Die Eintung der Liberalen. Der Flottenverein.)

Die Zeit zwischen den Wahlen und dem Zusammentritt des neuen Reichstags wird in der Presse in der Regel mit Betrachtungen ausgefüllt, die zunächst den Erfahrungen bei den Wahlen gelten, noch mehr aber bestimmt sind, Mutmaßungen über die neue Lage anzustellen und den Parteien gute Ratschläge an die Hand zu geben. Das Gesamtbild, das man dadurch erhält, läßt die Lage nicht als besonders geklärt erscheinen. Wir selbst haben schon auf manche Schwierigkeiten hingewiesen. Diesesmal wollen wir uns jedoch nicht damit beschäftigen, sondern noch einige Rückblicke tun, die einige für die Folgezeit bedeutende Punkte hervortreten lassen.

Das Ausland hat die jüngsten Wahlen mit einem Interesse verfolgt, das für die europäische Lage sehr bezeichnend ist. Man hatte bekanntlich überall da, wo man unsre Entwicklung mit Furcht und Eifersucht beobachtet, die Hoffnung gehegt, die Neuwahlen zum deutschen Reichstage würden es offenbar machen, daß das deutsche Volk die Politik seines Kaisers und der verbündeten Regierungen nicht billige. Statt dessen ergaben die Wahlen ein großes Vertrauensvotum des deutschen Volkes für die Politik des Kaisers und seines Kanzlers. Man weiß im Auslande sehr wohl, was das zu bedeuten hat, und ist sich klar darüber, daß die Berichterstatter,

die — durch die Mörgefsucht und den Pessimismus weiter Kreife verleitet — unsre Lage nach außen hin falsch gefchildert hatten, in die Eigentümlichkeiten unsers Nationalcharakters nicht tief genug eingedrungen find. Aber in der Einkleidung dieser richtigen Erkenntnis fpricht fich doch vielfach ein großer Ärger, eine bittere Enttäufchung aus fowie das Bestreben, die unbequeme Erfahrung nach Möglichkeit umzudeuten. Man hätte fo gern in dem Ausfall der deutschen Wahlen eine Befätigung der immer verbreiteten albernen Auffaffung gefunden, daß fich das ruhige und friedliche deutsche Volk durch eine unruhige, kriegerische Politik des Kaisers und der herrschenden Klaffen bedroht fehe. Nun ift es anders gekommen. Das deutsche Volk hat in den Wahlen gezeigt, daß es in nationalen Fragen ebenfo denkt wie feine Führer. Folgerichtig müßten nun die ausländischen Beurteiler fagen: das deutsche Volk ift ebenfo kriegsluftig wie fein Kaiser. Aber das wagen fie denn doch nicht zu behaupten; die Friedensliebe der deutschen Politik ift zu offenkundig. Und fo tun fie, nur um Recht zu behalten, der gefunden Logik Gewalt an und erklären den Frieden zwar für gefichert, aber nur deshalb, weil der deutsche Kaiser durch die Wahlen darüber beruhigt fei, daß er in jedem Falle auf das Volk zählen könne. Wären die Wahlen anders ausgefallen, dann — fo heißt es in diesen Stimmen — hätte der Kaiser wahrſcheinlich verſucht, durch eine auswärtige Verwicklung und einen Krieg das Volk auf feine Seite herüberzureißen. Zu ſolchen durch nichts bewieſenen Behauptungen, zu ſolchem greifbaren Unſinn nimmt man ſeine Zuflucht, nur um nicht zugeben zu müſſen, was doch viel einfacher den Schlüssel zur ganzen Lage geben würde, daß nämlich in Deutschland Kaiser und Volk in friedfertigen Beſtrebungen einig ſind, daß ſie aber auch ebenſo einig ſind in dem Bewußtſein der Macht, die ſie repräſentieren, und in der Entſchloffenheit, dieſe Macht zu gebrauchen, wenn Deutschland frivol angegriffen und in ſeiner Ehre und ſeinen Interellen bedroht wird. Wenn man ſich in Frankreich und England teilweise ſo ſtellt, als ſähe und verſtünde man das nicht, ſo ſpricht ſich offenbar darin ein ſchlechtes Gewiſſen und eine böſe Abſicht aus. Wir werden das beachten und daraus lernen müſſen, ohne daß es die Ziele und Wege unsrer Politik zu beeinflussen braucht.

Unterdeſſen ſuchen die Parteien auf Grund der Zuſammeneſetzung des neuen Reichstags ihre Stellung zueinander zu klären und abzugrenzen. Das ſiegerreiche Zentrum ſchüttelt den geſchlagenen und ſchwer getroffenen Bundesgenoſſen, die Sozialdemokratie, jezt nach der Wahl recht rückſichtslos und unſanft ab. Es möchte „Unter den Linden“ nicht gegrüßt ſein. Aber hoffentlich wird das ſchmählliche Bündnis nicht ſo bald in Vergelſſenheit geraten. Das Zentrum hat das Bedürfnis, über den böſen Handel recht bald Gras wachſen zu laſſen. Man möchte zwar ſehr gern noch längere Zeit der Regierung gegenüber den ſchwer gekränkten und verkannten ehemaligen Freund ſpielen und bitter grollend in der Oppoſition verharren, aber man will dabei unter ſich ſein und ſich nicht weiter kompromittieren. Man kann alſo die Sozialdemokratie nicht mehr gebrauchen und holt darum das während des Wahlkampfes einſtweilen in die Ecke abgeſtellte Chriſtentum und die ebenfalls vorübergehend außer Kurs geſetzte Anerkennung von Monarchie und Staatsordnung wieder hervor. In Bayern allerdings kennt man auch darin keine Sentimentalität. Seit Herr Schädler in der Bamberger Domkapitel für die bayriſchen Landtagswahlen ſein Schutz- und Trutzbündnis mit den Roten ſchloß, hat man Zeit genug gehabt, ſich gegen das Anſtößige dieſes Gedankens abzuhärten. Seitdem wurden an der poliſtiſchen Parteibörſe des Zentrums alle Effekten „gehandelt“.

Getreu dieſem Programm haben die bayriſchen Zentrumsleute auch ihrem eignen kirchlichen Oberhirten klargemacht, daß Religion Privatsache ſei. Die beiden bayriſchen Erzbifchöfe — von München-Freiſing und von Bamberg — hatten nämlich

noch kurz vor dem Tage der Stichwahl pflichtgemäß ihre Stimme erhoben, um die Glieder der katholischen Kirche vor dem Eintreten für die religionslose und kirchenfeindliche Sozialdemokratie zu warnen. Sie taten das nicht im Sinne eines Eingreifens in die Parteipolitik, sondern lediglich auf Grund der christlichen Auffassung von der Pflicht gegen die Obrigkeit. Aber es fiel den bayrischen Zentrumsleuten gar nicht ein, sich dadurch irgendwie beeinflussen zu lassen; die klerikale Presse behauptete dreist, die Erzbischöfe hätten diesen Schritt nur aus Nachgiebigkeit gegen höfische Wünsche getan — eine Behauptung, die dann freilich der Erzbischof von Bamberg sofort öffentlich sehr energisch zurückgewiesen hat. Also auch der Respekt vor der kirchlichen Autorität ist beim Zentrum in enge Grenzen gebannt; alles wird dem rücksichtslosesten Parteiegoismus untertan gemacht. Um so größer ist die Autorität, die die geistlichen und weltlichen Führer und Agitatoren der Partei auf die breiten Massen, mit denen sie unmittelbar in Berührung kommen, ausüben. Es ist deshalb kein Wunder, daß der Zentrumssturm noch unerschütterter geblieben ist. In absehbarer Zeit wird es auch schwer sein, eine wirksame Gegenorganisation zu schaffen. Ein Heilmittel gegen die gemeinschädlichen Wirkungen dieses Treibens wäre zunächst nur darin zu finden, daß sich die deutschen Katholiken selbst gegen die antinationale Demagogie wehren, die sich als ihre Vertretung gebärdet. Aber ob dieses Heilmittel in Wirksamkeit treten wird, muß der Zukunft überlassen bleiben. An Ansätzen und Versuchen hat es schon früher nicht gefehlt, aber die Richtung, die jetzt durch Erzberger und Konsorten vertreten wird, hat zuletzt immer die Oberhand behalten. Jetzt scheint es, als ob sich die „Nationalkatholiken“ den „Sozialkatholiken“ — wie man die klerikalen Mitkämpfer des Umsturzes in Bayern spottweise genannt hat — entschiedener gegenüberstellen wollen. Auch die Führung der Zentrumsparlei weiß und wird erkennen, daß die demagogische Richtung innerhalb der Partei im Begriff steht, den Bogen zu überspannen, und daß eine gesuchte und gewollte Oppositionsrolle der Partei jetzt durchaus nicht unter so vorteilhaften Bedingungen durchzuführen ist wie zur Zeit des Kulturkampfes. Darauf gründen wir unsre schon früher ausgesprochne Überzeugung von einer innern Wandlung des Zentrums. Sollten wir uns täuschen, um so schlimmer für das Zentrum und um so besser für seine Gegner. Dann beginnt für diese die Möglichkeit, doch noch trotz allem den Zentrumssturm zu sprengen.

Eine weitere Frage, die im unmittelbaren Gefolge der letzten Wahlen hervortritt, ist die der Einigung der kleinern liberalen Gruppen radikaler Färbung. Der Traum einer großen liberalen Partei scheint jetzt endgiltig zertrümmert zu sein. Die Hoffnung auf Erfüllung dieses Traums schien eine Zeit lang durch das Auftreten der jungliberalen Bewegung innerhalb der nationalliberalen Partei einige Nahrung zu erhalten. Es hat sich aber doch gezeigt, daß der rechte und der linke Flügel des deutschen Liberalismus durch ihre ganze geschichtliche Entwicklung seit vierzig Jahren schon zu weit auseinander geraten sind, als daß auf eine dauernde Zusammenschweißung gerechnet werden könnte. Selbst wenn der Nationalliberalismus künftig seinen grundsätzlich liberalen Charakter schärfer betonen sollte als bisher, so würden doch die verschiedenen wirtschaftspolitischen Anschauungen, die bei der Parteientwicklung mitgewirkt und jetzt eine geradezu entscheidende Bedeutung erlangt haben, eine Vereinigung verhindern. Aber bei den linksliberalen Gruppen sprechen allerdings viele Gründe dafür, daß sie sich näher treten oder gar, wie jetzt ernstlich geplant zu sein scheint, miteinander verschmelzen werden. Ein engeres Zusammengehn war ja schon im vorigen Jahre in Frankfurt a. M. verabredet worden. Jetzt handelt es sich darum, einen Schritt weiter zu gehn. Aus den drei ohnmächtigen Fraktionen soll eine immerhin ansehnliche Fraktion von achtundvierzig Mitgliedern werden.

Ob das gelingen wird? Die Volkspartei, der direkte Sprößling der wack-echten achtundvierziger Demokratie, stellt die speziell süddeutsche Spielart des bürgerlichen Radikalismus dar. Von dem norddeutschen Freisinn fühlte sich die alte Volkspartei zurückgeschreckt durch den Rest von Staatsgefühl, den die preußischen Freisinnigen selbst in ihrem Radikalismus nicht verleugnen konnten. Die jüngere Generation der Volkspartei empfindet — dank der Entwicklung des Reichs und den sonst veränderten Verhältnissen — dieses trennende Moment nicht mehr so stark, daß sie darin ein Hindernis für das Zusammenwirken auf dem Boden gleicher politischer Prinzipien sähe. Was die beiden freisinnigen Gruppen betrifft, so waren sie ja schon früher in einer Partei vereinigt. Sie gingen auseinander, weil die aus der ehemals nationalliberalen Sezession hervorgegangne Gruppe in der Partei den starr verneinenden Standpunkt Eugen Richters gegenüber nationalen Forderungen nicht gutheißen wollte. Seit dem Tode Eugen Richters erstarkt augenscheinlich auch in der freisinnigen Volkspartei eine Richtung, die die strenge Wahrung der entschieden liberalen Grundsätze nicht mehr unvereinbar hält mit der Bereitwilligkeit zur Erfüllung nationaler Pflichten, wie sie in der notwendigen Stärkung der Wehrkraft zu Lande und zu Wasser und neuerdings auch in der Unterstützung einer tatkräftigen Kolonialpolitik enthalten sind.

So weit scheint also alles zu stimmen. Aber heute liegt die Schwierigkeit der Vereinigung auf anderm Gebiete, nämlich dem der Sozialpolitik. Die Wesensverschiedenheit, die sich zwischen der freisinnigen Volkspartei und der freisinnigen Vereinigung immer stärker herausgebildet hat, ist darin begründet, daß verschiedene Interessentkreise des liberalen Bürgertums in den beiden Gruppen ihre Vertretung finden. Dieser Unterschied äußert sich jetzt vornehmlich in der Stellung zur Sozialdemokratie. Dadurch ist eine Kluft zwischen den beiden freisinnigen Gruppen gerissen, die viel schwerer ausgefüllt werden kann, als es bei den frühern Meinungsverschiedenheiten möglich war. Nun hat zwar die freisinnige Vereinigung in der Wahlbewegung die allzu sozialistenfreundliche Gruppe in der eignen Partei einigermaßen zurückgedrängt; wiederum ist es auch Dr. Theodor Barth nicht gelungen, in den Reichstag zu kommen. Aber dafür ist in Friedrich Naumann eine Persönlichkeit in den Reichstag gelangt, von der in diesem Kreise jedenfalls stärkere Wirkungen ausgehen werden, als sie seine Freunde bisher üben konnten. Andererseits ist die Feindschaft der freisinnigen Volkspartei gegen die Sozialdemokratie bedeutend gewachsen. Man wird also immer noch starke Zweifel hegen müssen, ob der Zusammenschluß der Liberalen zu einer Partei verwirklicht werden wird.

Zu vielen sehr beachtenswerten Erörterungen hat neuerdings die widerrechtliche Veröffentlichung von Privatbriefen gegeben, die zwischen einem Mitgliede des Präsidiums des Flottenvereins, General Keim, und verschiedenen politischen Persönlichkeiten gewechselt worden sind. Aus den Briefen geht hervor, daß General Keim auf Grund seiner Stellung und seiner persönlichen Verbindungen im Flottenverein eine überaus lebhafte und energische Wahlagitator im nationalen Sinne, gegen Zentrum und Sozialdemokratie, betrieben hatte. Das führende bayrische Zentrumsorgan, der Bayerische Kurier, hatte sich bezeichnenderweise dazu hergegeben, die ihm gebotne unredliche Waffe zu benutzen. Das Neue an diesem häßlichen Kampfmittel bestand nicht in der widerrechtlichen Benutzung der Privatbriefe allein, sondern in der Art ihrer Beschaffung. Leider zeitigt ja der politische Kampf öfter dergleichen Auswüchse. Es ist nicht das erstemal, daß ein politischer Gegner durch aufgefunden, unterschlagne oder gestohlene Briefe unschädlich zu machen versucht wird. Diesemal aber ist nicht eine Unachtsamkeit oder Vertrauensseligkeit des Eigentümers der Briefe benutzt worden, sondern diese Briefe sind offenbar unter sachverständiger politischer Leitung nach einem lange vorher entworfenen Plan auf gewaltsamem

Wege — unter Benutzung von Nachschlüssel und Einbruchwerkzeugen — zugänglich gemacht und widerrechtlich kopiert worden. Die Angelegenheit ist jetzt Gegenstand gerichtlicher Untersuchung, und die Erörterung dieser Seite der Sache kann darum einstweilen ruhen. Es war aber dabei eine Beobachtung zu machen, die auf die allgemeine politische Befähigung unsers Volks ein schlechtes Licht wirft. Auffallend war nämlich dabei, mit welchem Mangel an Überlegung die Öffentlichkeit an die Sache herantrat, und wie nationale Organe blindlings dem Gegner ins Garn liefen. Es lag doch auf der Hand, daß die Mitglieder eines nationalen Vereins nur ihre Pflicht taten, wenn sie auch bei den Wahlen in nationalem Sinne wirkten. Das Zentrum freilich hatte ein Interesse daran, diese Wirksamkeit als etwas Unrechtes und Angehöriges hinzustellen. Aber die nationalen Parteien hätten sich doch nur darüber freuen können. Statt dessen hielten sich auch auf nationaler Seite viele verpflichtet, in das törichte Geschrei des Zentrums einzustimmen. Das ist ein charakteristischer Grundzug unsers politischen Lebens. Es braucht sich jemand nur auf den offenen Markt zu stellen und von einer ganz selbstverständlichen Tatsache nur in dem Tone zu sprechen, als ob etwas Ungeheuerliches geschehen sei, so werden sich sicher unzählige finden, die gegen ihr eignes Interesse und eine bessere Einsicht auf selbständige Prüfung verzichten und sich den Gedankengang des Gegners gegen ihre eignen Freunde zu eigen machen. Es ist das ein Mangel an politischer Reife und Schulung, der bei andern Völkern viel weniger hervortritt.

Ein italienisches Urteil über die deutschen Reichstagswahlen. Je seltner die ausländische Presse unsre deutschen Verhältnisse einigermaßen richtig oder gar wohlwollend beurteilt, desto erfreulicher ist es, in der angesehensten italienischen Zeitschrift, der *Nuova Antologia* vom 1. Februar d. J. einer italienischen Stimme (*La vittoria del principe di Bülow*) zu begegnen, die den ganzen Wahlkampf, die Gegensätze, die sich in ihm gemessen haben, die Aussichten, die sich nunmehr eröffnen, sachkundig und im ganzen richtig darstellt. Ja der ungenannte XXX Verfasser, ein regelmäßiger politischer Mitarbeiter der Zeitschrift, hat für den Reichskanzler so viele warme Anerkennung, wie sie uns in der deutschen Presse niemals begegnet ist. Er kennt ihn persönlich aus der Zeit, wo der Fürst in Rom deutscher Botschafter war, und sagt von seiner ersten Begegnung mit ihm: „Ich ging aus dem Palazzo Caffarelli mit der Überzeugung, daß dieser zugleich liebenswürdige und kraftvolle, geschmeidige und feste Mann, in dessen schmeichelhaften Worten ein geistvolles Lächeln lag, in dessen klarem Auge es leuchtete wie der Blitz eines Degens, dazu bestimmt sei, eine noch viel größere Rolle in der Politik seines Landes zu spielen“; er findet, daß er als Parlamentarier, abgesehen von der Rednergabe, „auch den scharfen Blick, die genaue Auffassung für die wirkliche Lage und die Lösungen, die sie fordert, besitze“. Allerdings, die Stimmung, die der Auflösung des Reichstags am 13. Dezember vorigen Jahres folgte, übersieht er weder vollständig, noch versteht er sie ganz richtig. Bei ihm sieht es so aus, als ob das Urteil über diese nationale Tat sie halb als überflüssig, halb als sehr gewagt bezeichnet habe. Das war jedenfalls nicht die vorherrschende Auffassung; diese faßte vielmehr bekanntlich die Abstimmung der schwarz-roten Mehrheit als einen schändlichen Verrat an der nationalen Sache auf und erkannte klar, daß es sich um Sein und Nichtsein der deutschen Weltpolitik, das heißt der Zukunft Deutschlands handelte. Aber er findet ganz richtig, daß die liberale Presse die Wahlparole Bülows nicht verstanden, ihren freilich nicht offen und nicht ausführlich ausgesprochen Grundgedanken, seine politische Aktion in Zukunft auf das Zusammenwirken der Konservativen und der Liberalen zu gründen und diesen dadurch Gelegenheit zu geben, einen größern Einfluß auf die Regierung zu gewinnen, gar nicht recht begriffen habe. Die Wähler seien klüger gewesen als ihre Presse

(wie denn wirklich in Deutschland oft genug das, was die Zeitungen sagen, sich keineswegs mit der wirklichen „öffentlichen Meinung“ deckt, sondern diese verfälscht); „vor den Urnen“ hätten sich Konservative und Liberale ohne irgendwelchen Druck der Regierung vereinigt, und vereinigt hätten sie zwar nicht das Zentrum gestürzt, aber die Sozialdemokratie zertrümmert, die Welfenpartei vernichtet und somit eine nationale Mehrheit geschaffen, sodaß die Regierung das Zentrum zu einer Mehrheit überhaupt nicht mehr bedürfe, und die überragende Machtstellung dieser Partei gebrochen sei. Dazu hätten auch die jüngsten Enthüllungen (lo pubblicazioni più o meno indiscreti di questi ultimi tempi) beigetragen, in denen „die schönste Rolle (la parte più bella) die des damals jugendlichen Kaisers im Gegensatz zu der seines mächtigen und übermächtigen Ministers sei“; denn „schwerlich hätte sich — so fährt er fort — die Mehrheit des Landes so um die Regierung gegen die Sozialisten geschart, wenn deren Klagen durch eine ihnen weniger günstige Gesetzgebung gerechtfertigter erschienen wären“.

Sehr richtig führt nun der Italiener den deutschen Liberalen weiter zu Gemüte, wie jetzt alles darauf ankomme, daß sie ihre Ideen in eine Form brächten, die der Regierung als ein Programm annehmbar erscheine, daß sie vom Reichskanzler ein liberales Wahlmanifest gar nicht hätten verlangen dürfen, weil er mit einem solchen „riskiert hätte, die treuen Konservativen zu kränken, um Freunden zu schmeicheln, auf die er sich keineswegs sicher verlassen konnte“. Mit Recht erinnert er auch daran, „daß die politischen Verdienste der liberal-konstitutionellen Parteien um Deutschland nicht übermäßig“ (non eccessivo) gewesen seien, daß Bismarck, als er die Wiedergeburt Deutschlands vorbereitete, im Kampfe mit den Liberalen stand, daß er sie erst durch seinen Sieg für sich gewonnen habe, daß sie sich dann abermals von ihm getrennt hätten (1879) und „niemals verdient hätten, als eine Partei zu gelten, auf die sich irgendeine Regierung wirklich hätte stützen können“. Er fügt diesen herben, unwiderlegbaren, aber immer wieder vergessenen Wahrheiten die Mahnung hinzu, nicht sofort eine entschieden liberale Wendung zu verlangen, sie hätten ja auch keinen leader, der an Bülow's Stelle treten könne. Wenn sich etwa durch ihre Schuld der Kanzler gezwungen sähe, wieder mit dem Zentrum zu paktieren, so würde die Verantwortung dafür eben die Parteien treffen, an die er sich dann mit einem ebenso ehrlichen wie geschickten Vorgehen (movimento non men sincero che abile) vergeblich gewandt haben würde. Doch er hofft, „daß die deutschen Liberalen die Gelegenheit, die sich ihnen nach so langer Zeit darbietet, sich im Einklang mit der Regierung zu befinden, würdigen werden, um auf die Richtung des politischen Lebens einen gemäßigten, aber sichern fortschrittlichen Einfluß auszuüben“.

Der Italiener hat ganz recht: der deutsche Liberalismus, das mit Recht siegbewußte liberale Bürgertum steht vor einer entscheidenden Wendung. Wenn es jetzt die Zeichen der Zeit nicht zu deuten weiß, wenn auch jetzt die Linke in ihrem starren Doktrinarismus verharret, den sie für Prinzipientreue hält, dann hat es seinen Sieg über die Sozialdemokratie umsonst ersochten, dann hat es seine eigne politische Zukunft wieder einmal verspielt, verspielt wie 1858 und 1879, verspielt auf wer weiß wie lange Zeit. *

Der Zensurenbazillus. Um jede Ostern und Michaelis grassiert durch die ganze Schulwelt die Zensurenseuche. Wir zählen gegenwärtig im Deutschen Reiche 60 Millionen Einwohner; mindestens der fünfte Teil dieser Bevölkerung besucht niedere und höhere Schulen, und jedes solches Menschenkind wird um diese Zeit in seinem Charakter und in seinen Leistungen in Ziffern rund und nett dargestellt. Wir greifen nun nicht zu hoch, wenn wir annehmen, daß jedes solches Zensuren-

bild mindestens zehn Ziffern enthält; das macht ein halbjährliches Ziffernwerk von 120 Millionen Ziffern, attenmäßig mit deutscher Gründlichkeit doppelt und dreifach gebucht; zum Überfluß und um den ganzen Menschen in einer einzigen Ziffer darzustellen, wird meist noch ein Durchschnitt gezogen, und I ist dann Musterkind, aber auch nur IV gänzlich unbrauchbar. Soll uns etwa trösten, daß es um chinesisches Schul- und Prüfungsweisen noch schlimmer steht, oder wäre es nicht unser würdiger, zu erwägen, daß zwar Zahl und Maß gegenwärtig in Wissensgebiete eingedrungen sind und sie dadurch zu exakten gemacht haben, bei denen wir dies lange für unmöglich gehalten haben, daß Versuche sogar einer mathematischen Psychologie bis auf Herbart zurückreichen, und gewisse Gebiete, in denen physische und psychische Vorgänge korrespondieren, mit Erfolg experimentell und messend behandelt worden sind, daß aber wohl niemals eine exakte Methode erfunden werden wird, auch ethische Werte wie Wohlverhalten und Fleiß oder rein geistige Leistungen, die auf dem Vermögen des Sprachsinns oder Raumsinns beruhen, oder gar künstlerische Betätigung in Zahlen auszudrücken. Damit sind aber die oben erwähnten 120 Millionen Ziffern in ihrer Korrektheit als bedenklich angreifbar gekennzeichnet, ja sie könnten von dem Standpunkt eines empfindlichen Gewissens aus gar leicht als willkürliche und damit auch bedeutungslose Urteile angesehen werden. So könnte man es wohl minder radikal als den jetzt häufiger ertönenden Ruf „Weg mit allen Prüfungen“ finden, wenn man zu dem für das Bestehen des Staats weniger gefährlichen Schlusse gelangte: „Weg mit diesem ganzen Zahlenwerk.“ Wir gehn aber so weit nicht, und zwar auf Grund unsrer Erfahrung, nach der in der Tat die Abschätzung von Schülerleistungen durch Lehrer, die sich länger im Zensieren geübt haben, mit einer oft staunenswerten Präzision und Sicherheit geschieht und eine wenigstens relative Richtigkeit nicht selten durch eine nahezu vollständige Übereinstimmung des Urteils mehrerer Lehrer bei demselben Schüler gewährleistet erscheint. Wenn aber dann von fachkundiger Seite zur weiteren Rechtfertigung einer solchen Zensierung etwa geltend gemacht wird, daß die meisten dieser Zensuren, wie sie insbesondere am Ende einer längeren oder kürzern Unterrichtsperiode gegeben werden, auf der sorgfältigsten Durchschnittsberechnung aus einer Menge Einzelzensuren beruhen, so möchten wir uns gerade gegen diesen ganzen Mechanismus der Zensierung mit aller Entschiedenheit wenden, und zwar aus folgenden Erwägungen. Abgesehen davon, daß die Brauchbarkeit solcher Durchschnittsrechnungen vollständig abhängig ist von der Richtigkeit der zugrunde liegenden Zahlen, und daß, wenn diese hinfällig sind, auch den Resultaten nur der Schein einer Richtigkeit anhaftet, ist auch das ganze Prinzip des arithmetischen Mittels überhaupt völlig anfechtbar. Wir stellen, um dies zu beweisen, zwei extreme aber durchaus nicht selten vertretne Zensuren gegenüber, eine nach dem heutigen Zensierungsmodus hervorragend gute Zensur, bei der sich der überwiegende Teil der Einzelzensuren um den Durchschnitt Ib bewegt, und eine nach demselben Modus sehr schlechte Zensur, bei der sich der überwiegende Teil der Einzelzensuren um den Durchschnitt IIIb bewegt. Nach einem vom Mechanismus der Durchschnittsrechnerei nicht beeinflussten Urteil verdient hier sicher der eine Schüler als Gesamtzensur die I, der andre als Gesamtzensur die IV; jede andre, wenn auch noch so genau ermittelte, resultierende oder Gesamtzensur spricht im ersten Falle nicht mit genügender Entschiedenheit das verdiente Lob, im zweiten Falle nicht den verdienten Tadel mit allen daran zu knüpfenden Konsequenzen aus. Wem aber diese Erwägungen im ersten Falle unangebracht erscheinen sollten, weil reichliches Lob in Anbetracht der menschlichen Natur nur zu leicht zu Eitelkeit und Selbstgenügsamkeit verleite, damit aber das Streben nach weiterer Verbollkommnung lähme, der möge immerhin erwägen, was es heutzutage heißen will, in den verschiedenen Fächern schon unsrer Volksschulen und nun vollends der höhern Schulen gleich vorzügliche Leistungen

aufzuweisen. Auch die Zensuren ganz hervorragender Leistungen geben dann mit den Zensuren normaler Leistungen zu dem üblichen Durchschnitt verarbeitet sehr oft resultierende Zensuren, die in ihrem sehr eingeschränkten Lob auch entmutigen, ja bei Schülern und Eltern den Schein einer gewissen Engherzigkeit und Pedanterie erwecken können. Noch viel verhängnisvoller aber wirkt diese Durchschnittszensurierung im andern Falle. Wie oft tritt sicher in der Schulpraxis der Fall ein, daß bei der Berechnung der durchschnittlichen Leistungen der ängstlich hin und wider rechnende Lehrer zugestehn muß: auch bei diesem ganz unfähigen Schüler ergibt der gewissenhaft und mit aller Rücksicht auf das verschiedene Gewicht der Lehrfächer ermittelte Durchschnitt der Zensuren immer noch einen Bruchteil über die entscheidende IIIb, er hat überdies keine glatte IV, muß also wohl oder übel verfeht werden. Gleicht der Mann nicht dem Goethischen Tier, auf dürrer Heide von einem bösen Geist im Kreis herumgeführt? Der frisch und frei von solchem Zwang urteilende gesunde Menschenverstand wird hier sagen: wer es nach jahrelangem Mühen zu keinem besseren Resultat als kaum genügenden Leistungen in allem und jedem Fache gebracht hat, der bleibe sitzen, der gehe ab, der gebe dieses Studium auf. Zur Erläuterung der Konsequenzen dieser Kultivierung der Mittelwerte nur noch zwei Ausblicke.

Es muß doch zunächst bei einer so großen Anzahl von Abiturienten unserer höhern Schulen, wie sie um jede Osterzeit entlassen werden, die außerordentliche Seltenheit der Zensur I auffallen, während doch genügend bekannt ist, daß in vielen Klassen solcher Schulen Schüler zu finden sind, die den in den verschiedensten Fächern an sie gestellten Anforderungen in tadelloser Weise genügen und den übrigen Schülern als Muster und Beispiel vorgehalten zu werden pflegen. Welches wenig erfreuliche Bild bieten auf der andern Seite die Prüfungsergebnisse der in letzten Jahrzehnten am Ende der Universitätsstudien abgelegten Staatsexamina. In frischer Erinnerung ist, daß von den für die vorletzten Referendarprüfungen angemeldeten Kandidaten reichlich ein Drittel die Prüfung aufgegeben oder nicht bestanden hat. Mögen immerhin hier eine Reihe von Ursachen wie: Ergreifung dieses Berufs ohne eigentliche Neigung, vermehrter Zudrang und notgedrungen hiermit gesteigerte Anforderungen und andres mitwirken, sollte nicht auch einen Teil der Schuld jener verhängnisvolle Zensurenmechanismus tragen, der in den bösen Kreis mechanischer Berechnungen sogar regulativmäßig gebannt, es verhindert, daß in zweifelhaften Fällen der ganze Mensch angesehen und einmal unabhängig von diesem Mechanismus des Zensurenwerks das Urteil gefällt wird: „verfehbar oder nicht“ — „reif oder unreif“!

Sollen aber doch solche Entscheidungen, um auch den Schein eines willkürlichen Urteils auszuschließen, aus einer Art Berechnung abgeleitet werden, dann ermittle man ein korrekteres Gesamtergebnis, indem man Einzelzensuren vor ihrer Einsetzung in eine diesem Zwecke dienende Rechnung proportional zu ihrer jeweiligen Entfernung vom Mittel erhöht oder erniedrigt. Die Zahlentechnik eines solchen Verfahrens, die sich übrigens sehr einfach gestalten läßt, auszuführen, ist hier nicht der Ort. Es könnte genügend erscheinen, daß man auf die Unterscheidung von a und b verzichtet, also mit wesentlich weniger und dann entschiednern Zensuren auszukommen sich gewöhnt, aber es haben verschiedene Versuche, hier durch Verordnungen Wandel zu schaffen, einer beharrlichen Ablehnung in Lehrerkreisen begegnet. Trotz alledem scheint uns denn doch die Mahnung am Plage: Weg mit allem Zensurenmechanismus in den Fragen der Versetzung und Reifeerklärung, soweit er die schwächlichen Mittelzensuren und damit schließlich die Mittelmäßigkeit überhaupt begünstigt und unbekümmert um sonstige Rücksichten hier ein deutliches Lob und dort einen deutlichen Tadel!

Ein peinlicher „Fall“ Haeckel. D. D. Chwolson, ordentlicher Professor an der kaiserlichen Universität zu St. Petersburg, hat (bei Friedrich Vieweg und Sohn in Braunschweig, 1906) eine kritische Studie herausgegeben unter dem Titel: Hegel, Haeckel, Kossuth und das zwölfte Gebot. Was Haeckel über Philosophie, Religion und andre außerhalb seines Fachs liegende Gegenstände schreibt, das hat für Chwolson kein Interesse, denn dieser befolgt das Gebot: Schuster, bleib bei deinem Leisten! Wohl aber interessiert ihn Haeckels Physik, die Grundlage seines in den „Welträtseln“ aufgebauten Systems. Der Physiker untersucht, ob Haeckel das „zwölfte Gebot“ beobachtet habe, das für den wissenschaftlichen Autor freilich das erste sein sollte: „Du sollst nie über etwas schreiben, was du nicht verstehst. Das Ergebnis der Untersuchung ist entsetzlich, man darf wohl sagen, haarsträubend. Alles, aber auch alles, was Haeckel bei der Berührung physikalischer Fragen sagt, erklärt und behauptet, ist falsch, beruht auf Mißverständnissen oder zeugt von einer kaum glaublichen Unkenntnis der elementaren Fragen. Selbst von dem Gesetze, welches er selbst als Leitstern seiner Philosophie proklamiert, besitzt er nicht die elementarsten Schulkenntnisse.“ Gemeint ist das Substanzgesetz, einem Worte, mit dem Haeckel die beiden Gesetze von der Erhaltung der Masse und der Erhaltung der Energie zusammenfaßt. Das dritte Grundgesetz der heutigen Physik, das Gesetz der Entropie, verwirft er, gestützt auf das tausend Seiten groß Oktav starke Werk von Vogt: Das Entstehen und Vergehen der Welt als Kreisprozeß. (Wir haben darüber, ohne uns ein Urteil zu erlauben, im 2. Bande des Jahrgangs 1902, S. 161 berichtet, deshalb interessiert es uns, daß Chwolson schreibt: Von [Vogts] Phynosestheorie habe ich nie etwas gehört und das „ideenreiche“ Werk von F. O. Vogt in keinem der sehr zahlreichen mir bekannten Lehrbücher der Physik, in keiner der zahllosen von mir durchgesehenen physikalischen Schriften auch nur erwähnt oder rezensiert gefunden.) Aus einer Zeitung erfahren wir, daß Haeckel in einer Broschüre, natürlich entsprechend grob, dem Physiker geantwortet hat. Wir haben uns niemals angemacht, Haeckel in seinem Fach zu kritisieren, haben nur seine Übergriffe ins Gebiet der Philosophie und Religion zurückgewiesen und angeführt, was andre Biologen in der Kritik des Darwinismus leisteten. Wir maßen uns auch nicht an, zu entscheiden, ob Chwolscons Kritik in jedem Punkte zutreffend ist. Es will uns scheinen, daß er hie und da zu streng verfährt. So zum Beispiel wirft er Haeckel vor, daß dieser Kraft und Energie verwechsle, und behauptet, jedes neuere Lehrbuch der Physik halte beide Begriffe streng auseinander. Das geschieht aber zum Beispiel auf S. 95 der als gut anerkannten Physik von Höpfer, Maß und Poske (1904) keineswegs. Jedenfalls aber beweist Chwolscons Schrift, daß die Massen, die sich Haeckel zum Führer durchs Gebiet der Naturwissenschaften oder gar der Philosophie erwählen, außerordentlich töricht handeln. Im letzten Abschnitt seiner Broschüre nimmt ihn Chwolson gegen den Philosophen Kossuth in Schutz, der von Physik ebensowenig verstehe wie Haeckel selbst. Er lobt Eduard von Hartmann, der, obwohl Philosoph, alle physikalischen Fragen mit vollkommen richtigem Verständnis und untadelhaft korrektem Ausdruck behandle. Dilettanten ist Chwolscons Schrift zur Revision und etwaigen Berichtigung ihrer physikalischen Begriffe zu empfehlen.

